



Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke, Bund der Deutschen Katholischen Jugend, Katholische Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung, Deutscher Caritasverband, Kolpingwerk Deutschland, Katholische Arbeitnehmer-Bewegung Westdeutschland, Stiftung Akademie Klausenhof, Katholische Arbeitsgemeinschaft für Jugendsozialarbeit, Bundesverband der Katholischen Landvolkshochschulen, Katholisches Büro Berlin, Zentralkomitee der deutschen Katholiken, Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz

Nr. 4/5/6-2009, XX. Jahrgang

Schlagzeilen

Lernen vor Ort: 60 Millionen für die Weiterbildung

(BMBF) Die besten Konzepte deutscher Kommunen für innovative regionale Bildungsangebote im Rahmen des Projektes „Lernen vor Ort“ wurden vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) ausgezeichnet. „Mit dem 60 Millionen Euro umfassenden Programm stärken wir in einer einmaligen Partnerschaft aus Bund, Kommunen und Stiftungen den Standortfaktor Bildung“, sagte die Staatssekretärin im BMBF, Cornelia Quennet-Thielen, in Berlin. Siehe Seite 4

Stiftung „Benevolens“ für benachteiligte Jugendliche geplant

(Kommende) Das katholische Sozialinstitut Kommende Dortmund plant die Gründung einer Stiftung zur Förderung sozial benachteiligter Jugendlicher. Sie soll „Benevolens“ heißen Siehe Seite 2

Ausbildungsqualität

Der Hauptausschuss der BAG Berufliche Bildung beschäftigte sich auf der letzten Sitzung in einem Gespräch mit dem Projektleiter Andreas Krewerth mit dem Forschungsprojekt des BIBB zur Ausbildungsqualität aus der Sicht der Auszubildenden. Siehe dazu Dokumentation in Anhang

Inhalt

Aus der katholischen Bildungsarbeit

Seite 2: Stiftung Benevolens für benachteiligte Jugendl. geplant
Caritas fordert Förderung für Langzeitarbeitslose
Bischof Mussinghoff ruft zu Spenden für Arbeitslosenprojekte auf
Kath. Arbeitnehmer warnen vor Krise auf Ausbildungsmarkt
Kolping-Jugendakademie eröffnet
S. 3: Feier zum 50-jährigen Bestehen der Akademie Klausenhof

Bildungspolitik

S. 4: Lernen vor Ort: 60 Millionen für die Weiterbildung
Zukunftsgerechte Qualifizierung der Ausbilder
S. 5: DQR soll Vergleichbarkeit von Qualifikationen ermöglichen
Hessen: Preis "Weiterbildung innovativ 2009" ausgeschrieben
SPD: Mit prekärer Beschäftigung ist keine gute Weiterbildung zu machen!
ESF-Förderung für betriebliche Weiterbildung
S. 6: Berufsorientierung: Staatssekretär begrüßt in Dresden den 50.000 Jugendlichen
Konferenz zur Zukunft der beruflichen Aus- und Weiterbildung
S. 7: Europaparlament: Weiterbildung wichtiges Instrument zur Arbeitsmarktintegration
Auslandsaufenthalte deutscher Auszubildender auf Rekordniveau
Sachsen plant zentrale Einrichtung für wissenschaftliche Weiterbildung

S. 8: Gemeinsame Presseerklärung zum Ausbildungspakt
S. 9: Auswirkung der Neuausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente auf die Arbeitsmarktstatistik
Tag des Ausbildungsplatzes
S. 10: Gem. Erklärung: Zusätzliche stabilisierende Maßnahmen für den Arbeitsmarkt
Qualifizierung in Kurzarbeit bisher ein Flop
S. 11: Weiterbildung für Berufskraftfahrer wird zur Pflicht
Rheinland-Pfalz: Konjunkturprogramm II stärkt Weiterbildung
Wirtschaftsexperten fordern mehr Weiterbildung

Nachrichten

S. 12: Meister-BAföG 2008: Wieder mehr Geförderte
15 % Jugendliche ohne Berufsabschluss
Jeder fünfte Ausbildungsabsolvent wird erst einmal arbeitslos
S. 13: Berufsbildungs-PISA
S. 14: Migranten auf dem Arbeitsmarkt
Weiterbildungs-Innovations-Preis 2010
Weiterbildungsbeteiligung bei Hochqualifizierten am höchsten
Deutscher Weiterbildungstag erst 2010
Qualitätssicherung

Termine

20.08.09: Fachtagung des MAGS, Düsseldorf
28.-29.10.09: Tagung BIBB und DJI, Bonn

Dokumentationen

Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der FDP zum Deutschen Qualifikationsrahmen für lebenslanges Lernen; Antrag der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis90/Die Grünen zum DQR
Studie des BIBB zur Ausbildungsbildungsqualität

Aus der katholischen Bildungsarbeit

Stiftung „Benevolens“ für benachteiligte Jugendliche geplant

(Kommende) Das katholische Sozialinstitut Kommende Dortmund plant die Gründung einer Stiftung zur Förderung sozial benachteiligter Jugendlicher. Sie soll „Benevolens“ heißen, „weil wir der jungen Generation unser „Wohlwollen“ schulden“, sagte Kommende-Leiter Prälat Peter Klasvogt. Die Stiftung soll im November zum 60-jährigen Bestehen der Kommende durch den Förderverein des erzbischöflichen Bildungshauses gegründet werden. Bis dahin würden Spender gesucht. Um den Stiftungszweck zu erfüllen, müssen mindestens 100.000 Euro zusammenkommen. Die Stiftung soll Projekte zur Integration von benachteiligten Kindern und zur Unterstützung Jugendlicher bei der Ausbildungsplatzsuche fördern. Sie soll auch Schulungen in politischer Bildung sowie Traineeprogramme zur Änderung des Sozialverhaltens finanzieren.

www.kommende-dortmund.de/

Caritas fordert Förderung für Langzeitarbeitslose

(KNA) Eine gezielte Förderung von Langzeitarbeitslosen zur Rückkehr auf den Arbeitsmarkt haben die Caritasverbände in NRW gefordert. Während der globalen Wirtschaftskrise steige ansonsten für benachteiligte Menschen die Gefahr, dass sie „endgültig von gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen werden“, schreiben der Kölner Diözesan-Caritasdirektor Frank Johannes Hensel in der Zeitschrift „Caritas in NRW“ (Mai). Gerade jetzt müssten für Langzeitarbeitslose Brücken zur Rückkehr auf den Arbeitsmarkt geschaffen werden.

Dass dies gelingen könne, zeige das Caritas-Projekt „Gut kombiniert!“, so Hensel. Durch die Kombination von öffentlicher Förderung bis zu 75 Prozent des Arbeitsentgeltes und Eigenleistungen der Caritas seien innerhalb von zwei Jahren mehr als 1000 neue Arbeitsplätze für Langzeitarbeitslose in NRW geschaffen worden. Vor allem Menschen ohne Berufsabschluss oder mit körperlicher Beeinträchtigung hätten so wieder beschäftigt werden können. Für eine langfristige Begleitung der Maßnahmen müsse auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten Geld zur Verfügung gestellt werden.

www.caritas-nrw.de

Bischof Mussinghoff ruft zu Spenden für Arbeitslosenprojekte auf

(KNA) Der Aachener Bischof Heinrich Mussinghoff hat die Katholiken in seinem Bistum zur Solidaritätskollekte für Arbeitslose aufgerufen. „Wir sind als Kirche aufgefordert, uns einzusetzen für eine gerechtere Gesellschaft“, schreibt der Bischof in seinem Hirtenwort zu Spendenaktion. Die Sammlung stand unter dem Leitwort „Weil Arbeit nicht vom Himmel fällt ... sind wir gefragt“. Mit dem gesammelten Geld werden über 50 kirchliche Projekte für Erwerbslose im Bistum unterstützt. Für sie stellt die Kirche allein in diesem Jahr 810.000 Euro zur Verfügung. Im letzten Jahr hatte die Kollekte 50.000 Euro erbracht.

www.bistum-aachen.de

Katholische Arbeitnehmer warnen vor Krise auf Ausbildungsmarkt

(KAB) Zum Tag der Arbeit am 1. Mai hat die Katholische Arbeitnehmer-Bewegung (KAB) vor einer dramatischen Entwicklung auf dem Ausbildungsmarkt gewarnt. Besonders für lern- und sozialschwache Jugendliche führe die Finanz- und Wirtschaftskrise direkt in eine berufliche Katastrophe, erklärte der Verband. Weiter kritisierte die KAB, dass in Deutschland zu wenig für Bildung ausgegeben werde. Nach dem Bildungsgipfel 2008 habe sich die Situation benachteiligter Jugendlicher nicht verbessert, so der Verband. Der Übergang von Schule zu Ausbildung und Beruf werde „durch Einsparungen von notwendigen Bildungsmaßnahmen versperrt“. Derzeit brächen jedes Jahr bis zu 20 Prozent der Schüler und Auszubildenden eine Ausbildung ab.

Kolping-Jugendakademie eröffnet

(Kolping) Das Kolpingwerk im Bistum Limburg, seine angegliederten Einrichtungen und das Kolping-Feriendorf in Herbstein/Vogelsberg haben sich zur Kolping-Jugendakademie zusammengeschlossen um junge Menschen in ihrer Berufsorientierung und Persönlichkeitsentwicklung zu fördern. In den Seminaren und Kursen werden Schlüsselkompetenzen wie z. B. Fähigkeiten zur interaktiven Anwendung von Wissen, Sprache und Medien sowie zur Kooperation und eigenständigem Handeln angeboten.

Heinz-Wilhelm Brockmann, Staatssekretär im Hessischen Kultusministerium, beglückwünschte die beteiligten Kolpingeinrichtungen zur Gründung der Kolping-Jugendakademie. In seiner Rede betonte er die Notwendigkeit einer wertorientierten Bildung. Es sei wichtig, jungen Menschen das notwendige Rüstzeug auf den Weg mit zu geben, um auf die neuen gesellschaftlichen und beruflichen Anforderungen angemessen

reagieren zu können. Burkhard Leffers, stellv. Bundesvorsitzender des Bundes Katholischer Unternehmer forderte in seiner Rede auch eine Vorbildfunktion der Unternehmenseite durch ein christlich geprägtes Werterverhalten. Anhand der "10 Gebote für Unternehmer" des Bundes Katholischer Unternehmer e. V. (BKU) stellte er moderne Regeln für die Unternehmensführung dar.

"Die Klage viele Unternehmer über mangelnde Ausbildungsreife, Leistungsbereitschaft, Motivation und Sozialkompetenzen ihrer Bewerber und Mitarbeiter ist einer der Gründe, warum wir spezielle Angebote für junge Menschen auf der Schwelle ins Berufsleben entwickelten" erläuterte Heiko Litz, Projektleiter der Kolping-Jugendakademie bei der Präsentation der Akademie vor den rund 80 geladenen Gästen. "Mit der Jugendakademie reagieren wir auf die Zeichen der Zeit. Die Angebote haben sowohl den Bedarf des Einzelnen als auch die Erfordernisse der Gesellschaft und des Arbeitsmarktes im Blick", stellt der Geschäftsführer Arnold Tomaschek fest.

Weitere Infos unter www.kolping-jugendakademie.de

Feier zum 50-jährigen Bestehen der Akademie Klausenhof

(Akademie Klausenhof) Ihre Arbeit ist unverzichtbar!" Zum 50-jährigen Jubiläum der Akademie Klausenhof, eine der größten Weiterbildungseinrichtungen in Deutschland, brachte die NRW-Ministerin für Schule und Weiterbildung, Barbara Sommer, viele lobende und anerkennende Worte mit. Rund 200 Vertreter aus Politik, Bildung und Wirtschaft waren in die Akademie gekommen, um das Jubiläum des Hauses, das 1959 von Kardinal Frings eingeweiht wurde, mit zu feiern. „Die Weiterbildung ist kein Appendix der Schule“, sagte Ministerin Sommer, „sondern eine Weiterführung der Schule“. Der Klausenhof nehme daher eine hohe Verantwortung wahr, die sich in seiner katholischen, wertorientierten Ausrichtung zeige: „Die Menschen wollen Werte, sie leben und weitertragen.“

Damit bezog sie sich direkt auf Weihbischof Franz-Josef Overbeck (Münster), der betonte, dass Kirche einen Sozialauftrag für alle habe und so auch daran mitwirkt, dass Arbeit professionell werde. Diese Ausrichtung auf die Professionalität sei das Ethos der Arbeit, ein Ethos, der auch den Grundlagen des Glaubens darstellt. Der Klausenhof mit seiner Weiterbildung und katholischen Ausrichtung habe den Auftrag, dass „die Arbeit der Würde des Menschen zuträglich ist. Jede Bildungsarbeit will einen Beitrag leisten, der den Menschen dient und gleichzeitig auch Gott“.

Die Akademie Klausenhof wurde von der katholischen Landjugend als zentrale Bildungsstätte gegründet. Ein Film, präsentiert auf der Festveranstaltung, verdeutlichte diese historischen Wurzeln, stellte aber auch das Besondere des Hauses heraus, seine internationale Ausrichtung und Bekanntheit, seine intensive pädagogische Arbeit, seine Ausrichtung auf die Bildungsarbeit mit allen, die eine besondere Unterstützung benötigen. Als ein freier Träger hat sich der Klausenhof in den 50 Jahren gut behaupten können. Er ist zu einem wichtigen Arbeitgeber und Impulsgeber in der Region geworden, wie Landrat Dr. Ansgar Müller in einer Diskussionsrunde betonte. Problematisch sei aber, so der Bundesgeschäftsführer der katholischen Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung, Markus Tolksdorf, dass kontinuierliche Bildungsarbeit schwieriger werde, da die Regelförderung zugunsten einer Projektförderung derzeit reduziert werde.

Als größte Sorge für die Zukunft bezeichnete der Direktor der Akademie, Dr. Alois Becker, dass das Internat – die Akademie Klausenhof verfügt über 600 Übernachtungsplätze – immer weniger Beachtung finde, obwohl diese intensive Form der Bildungsarbeit gerade bei schwierigen Gruppen sehr erfolgreich sei. Er bitte außerdem um mehr Unterstützung für die Kurse mit jungen Migranten, die mittlerweile nicht mehr ausreichend öffentlich gefördert werden, obwohl sie seit mehr als 30 Jahren anerkannte Arbeit leisten. Außerdem kritisierte er die überbordende Bürokratie und den Preisverfall vor allem bei einigen Lehrgängen der Arbeitsagentur.

In den 50 Jahren ihrer Wirkungsgeschichte hat sich die Akademie Klausenhof als ein Ort herausgestellt, in dem viele Menschen einen oftmals entscheidenden Impuls für ihr späteres berufliches oder gesellschaftliches Leben erhalten haben. Viele Ehemalige, die zum Jubiläumsjahr Treffen im Klausenhof veranstalten, können diese Erfahrungen berichten. Seit seiner Gründung haben insgesamt 330.000 Teilnehmende die verschiedenen Kurse im Klausenhof besucht. Heute reicht das Spektrum der Bildungsarbeit von beruflicher Umschulung und Qualifikation über Schulabschlusskurse für junge Migranten, berufsvorbereitende Lehrgänge und außerbetriebliche Ausbildungen für Jugendliche und Sprachkurse für Menschen aus aller Welt bis hin zu kurzfristigen Schulungen und Seminaren. Menschen aus rund 40 bis 50 Nationen leben und lernen ständig im Klausenhof.

www.akademie-klausenhof.de

Bildungspolitik

Lernen vor Ort: 60 Millionen für die Weiterbildung

(BMBF) Die besten Konzepte deutscher Kommunen für innovative regionale Bildungsangebote im Rahmen des Projektes „Lernen vor Ort“ wurden vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) ausgezeichnet. „Mit dem 60 Millionen Euro umfassenden Programm stärken wir in einer einmaligen Partnerschaft aus Bund, Kommunen und Stiftungen den Standortfaktor Bildung“, sagte die Staatssekretärin im BMBF, Cornelia Quennet-Thielen, in Berlin.

Bei den nun ausgewählten Kommunen sind Großstädte ebenso vertreten wie kleine und mittlere Kommunen in Ballungszentren und in ländlichen Regionen. Zur Umsetzung ihrer Ziele richten viele Kommunen Bildungsbüros ein. Hier werden erstmals die auf verschiedene Ämter und Dezernate verteilten Bildungszuständigkeiten koordiniert. Die Bürgerinnen und Bürger können sich bei dieser zentralen Anlaufstelle über die (Weiter-)Bildungsangebote ihrer Kommunen informieren und sich beraten lassen.

An einer ersten Auswahlrunde im Februar dieses Jahres hatten sich über 200 Kreise und kreisfreie Städte beteiligt. 57 Standorte wurden daraufhin zur Antragstellung aufgefordert. Eine Jury hat aus dieser Gruppe nun 40 Konzepte ausgewählt, die ab September 2009 an den Start gehen sollen. Bei den ausgewählten Kommunen handelt es sich um 17 Kreise und 23 Städte aus 15 Bundesländern.

„Lernen vor Ort“ ist ein zentraler Bestandteil der Qualifizierungsinitiative der Bundesregierung, die unter dem Motto „Aufstieg durch Bildung“ Bildungsangebote innovationsbereiter Kommunen zunächst drei Jahre lang fördert. Besonders erfolgreiche und transferfähige Vorhaben können um weitere zwei Jahre verlängert werden. Hierfür stellen das BMBF und der Europäische Sozialfonds 60 Millionen Euro zur Verfügung. Ein aus 29 Stiftungen bestehender und eigens gegründeter Stiftungsverbund, dem über 80 weitere Stiftungen assoziiert sind, unterstützt die Kommunen durch Patenschaften. Jeder ausgewählte Standort kann von einer Stiftung in einer „lokalen Grundpatenschaft“ unterstützt werden. Neben der Grundpatenschaft können die Stiftungen auch „Themenpatenschaften“ zu einzelnen Schwerpunkten der kommunalen Projekte übernehmen.

www.lernen-vor-ort.de

Zukunftsgerechte Qualifizierung der Ausbilder durch neue Verordnung

(BMBF) „Die betrieblichen Ausbilder stellen wichtige Weichen für den späteren beruflichen Lebensweg und sichern den Fachkräftenachwuchs für die Betriebe und die Wirtschaft. Hier wird die Basis für berufliche Handlungskompetenz, Weiterlernen und beruflichen Aufstieg gelegt“, sagte Andreas Storm MdB, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF). Anlass war die Auftaktveranstaltung zum „Jahr des Ausbilders“ des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks. „Die Ausbilder vermitteln nicht nur die fachlichen Fähigkeiten, um den Auszubildenden zu einem guten Berufsausbildungsabschluss zu verhelfen. Sie gehen auch auf die oft sehr unterschiedlichen persönlichen Voraussetzungen der Auszubildenden ein.“

„Wir können stolz auf die Qualität der Ausbildung in Deutschland sein. Damit dies auch in Zukunft so bleibt, war es wichtig, die Ausbilder-Eignungsverordnung zu novellieren“, sagte Storm. In der neuen Verordnung heißt es, dass der Ausbilder in der Lage sein soll, eine motivierende Lernkultur zu schaffen; Rückmeldungen zu geben und zu empfangen, Ausbildungsmethoden und -medien zielgruppengerecht auszuwählen und Auszubildende bei Lernschwierigkeiten zu unterstützen. „Daraus ergibt sich eine individuellere, stärker auf den Auszubildenden zugeschnittene Begleitung des Lernens“, erklärte Storm. Der Staatssekretär betonte, dass angesichts steigender Anforderungen an die Qualifikation in der beruflichen Bildung auch die betrieblichen Ausbilder über ein Mindestmaß an berufs- und arbeitspädagogischen Qualifikationen verfügen müssen. „Sicher werden viele Betriebe und potentielle Ausbilder von der Qualifizierungsmöglichkeit nach der Ausbilder-Eignungsverordnung Gebrauch machen“, sagte Storm.

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes waren 2006 rund 720.000 Personen als Ausbilderinnen und Ausbilder registriert. „Diese Zahlen machen die große Bedeutung des betrieblichen Bildungspersonals für die Bildung in Deutschland deutlich. Leider wird diese Dimension in der Öffentlichkeit nicht hinreichend wahrgenommen. Das ‚Jahr des Ausbilders‘ kann hier wichtige Impulse zur Herausstellung der Bedeutung der Ausbilder und der beruflichen Bildung geben“, betonte Storm.

Schließlich sollen zum September die Fortbildungsordnungen zu den Abschlüssen „Geprüfter Aus- und Weiterbildungspädagoge“ und zum „Geprüften Berufspädagogen“ in Kraft treten. „Gerade Ausbilder erhalten damit die Möglichkeit, ihre Ausbilderqualifikation weiterzuentwickeln und zu professionalisieren“, sagte Storm.

www.bmbf.de

DQR soll Vergleichbarkeit von Qualifikationen ermöglichen

(Bundestag) Ziel des "Deutschen Qualifikationsrahmens für lebenslanges Lernen" (DQR) ist es, eine angemessene Zuordnung von in Deutschland erworbenen Qualifikationen in der Europäischen Union zu erreichen. Das schreibt die Bundesregierung in ihrer Antwort (16/13253) auf eine Kleine Anfrage der FDP-Fraktion (16/13039). Mit dem DQR sollten die Chancen auf dem europäischen Arbeitsmarkt verbessert werden.

Bund und Länder hatten sich im Oktober 2006 auf die Entwicklung des DQR verständigt. Damit nahmen sie eine Empfehlung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Errichtung des Europäischen Qualifikationsrahmens (EQR) auf, die seit dem 23. April 2008 in Kraft ist. Voraussichtlich 2010 werde darüber entschieden, welche formale und institutionelle Verankerung der DQR haben soll, schreibt die Regierung. Die Liberalen hatten danach gefragt, ob der DQR ein unverbindlicher Orientierungsrahmen sein werde oder ob er eine normative Funktion mit Qualitätssicherungscharakter übernehme.

In anderen europäischen Mitgliedstaaten gibt es nach Informationen der Regierung eine große Bandbreite was die Umsetzung des EQR betreffe. In einigen Ländern stehe die Diskussion noch am Anfang, andere Länder hätten bereits vor dem Beginn der Umsetzung des EQR-Prozesses über Qualifikationsrahmen verfügt und würden diesen nun mit dem EQR verbinden.

<http://dip21.bundestag.de> >Suche >Drucksache 16/13253 bzw. 16/13039 gemeinsamer Antrag vom 01.07.09

Hessen: Preis „Weiterbildung Innovativ 2009“ ausgeschrieben

(Land Hessen) Hessens Wirtschaftsminister Dieter Posch ruft die hessischen Bildungseinrichtungen dazu auf, sich am Wettbewerb „Weiterbildung Innovativ 2009“ zu beteiligen. Posch ist Schirmherr des Innovationspreises, den die Branchenvereinigung Weiterbildung Hessen e.V. gemeinsam mit dem Wirtschaftsministerium und der Hessen Agentur nun zum vierten Mal ausgeschrieben hat. Erwünscht sind Angebote, „die sich an den regionalen Bedürfnissen orientieren und die Lernbereitschaft der Bürgerinnen und Bürger wecken und aktivieren“, wie Posch sagte. Bewerbungen sind bis zum 4. September möglich.

Posch wird die drei Preise, die mit 1.500, 1.000 und 500 Euro dotiert sind, am 28. Oktober auf dem Veranstaltung von Weiterbildung Hessen e.V. überreichen.

Siehe: www.wb-hessen.de >aktuell

SPD: Mit prekärer Beschäftigung ist keine gute Weiterbildung zu machen!

(SPD-Fraktion) Qualitativ gute Weiterbildung kann es nach Auffassung der SPD-Bundestagsfraktion nicht zum Discounttarif geben. Ein Fraktions-Workshop zur Beschäftigungssituation in der nicht-betrieblichen Weiterbildung hatte sich neben einer Bestandsaufnahme vor allem die kritische Diskussion möglicher Lösungsansätze für die jeweiligen Problemlagen zum Ziel gesetzt.

In einer Erklärung wurde darauf hingewiesen, dass drei von vier Beschäftigten auf einer Honorarbasis arbeiteten, die zumeist nicht auskömmlich ist. Nur jeder Siebte sei sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Ohne flächendeckende tarifliche oder gesetzliche Mindeststandards drohe ein allein kostengetriebener Negativwettbewerb um günstigste Preise. Wenn man das Ziel des lebenslangen Lernens und einer qualitativen systematischen Weiterbildung ernst nehme, dann könne dies so nicht bleiben.

In der Stellungnahme heißt es, „die SPD-Bundestagsfraktion unterstützt die Gewerkschaften in ihren tariflichen Bemühungen um einheitliche Rahmenbedingungen für die Weiterbildnerinnen und Weiterbildner, die eine hinreichende Vergütung und soziale Absicherung und so auch eine qualitative Weiterbildung sicherstellen.“

www.spdfraktion.de

ESF-Förderung für betriebliche Weiterbildung

(BAMS) Mit 140 Millionen Euro fördern das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) und der Europäische Sozialfonds (ESF) in den nächsten Jahren die Weiterbildung von Beschäftigten. Ziel der neuen Sozialpartnerrichtlinie ist es, die Anpassungs- und Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe zu stärken und die Beschäftigungsfähigkeit von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu erhöhen.

Voraussetzung für eine Förderung ist die Existenz einer regionalen oder branchenbezogenen Vereinbarung von Sozialpartnern zur Weiterbildung, in der die jeweiligen prioritären Ziele, Handlungsschwerpunkte und Qualifikationsbedarfe konkret benannt werden. Die Vereinbarung kann auch mit der Absicht abgeschlossen werden, gezielt im Rahmen des Sozialpartnerprogramms aktiv zu werden.

Antragsberechtigt sind Tarifvertragspartner und Sozialpartner zur Umsetzung von bestehenden Qualifizierungstarifverträgen oder der o. g. Vereinbarungen sowie Unternehmen, die in den Regelungsbereich eines Qualifizierungstarifvertrages oder einer der o. g. Vereinbarungen der jeweils zuständigen Sozialpartner fallen.

Für die gesamte Förderperiode (2007-2013) stehen ESF- und Bundesmittel in Höhe von insgesamt 140 Millionen Euro zur Verfügung. Die Antragstellung erfolgt im Rahmen regelmäßiger Auswahlrunden (alle drei Monate), die als zweistufiger Prozess konzipiert sind. Interessenbekundungen an der Gewährung einer Zuwendung können bei der Regiestelle eingereicht werden.

www.esf.de

Berufsorientierung: Staatssekretär begrüßt in Dresden den 50.000. Jugendlichen

(BMBF) "Schülerinnen und Schüler nehmen praxisnahe Angebote zur Berufsorientierung dankbar an: Das zeigt die hohe Resonanz auf unser Berufsorientierungsprogramm", sagte der Parlamentarische Staatssekretär für Bildung und Forschung, Andreas Storm, MdB, in Dresden. Neben der Übergabe eines Zuwendungsbescheids in Höhe von 60.000 Euro aus dem Berufsorientierungsprogramm des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) an die Handwerkskammer Dresden begrüßte Storm außerdem den 50.000sten Teilnehmer des Programms.

Seit dem Start des Programms am 1. April 2008 konnten bereits über 160 Zuwendungen und mehr als 15 Millionen Euro bewilligt werden. "Das ist in der kurzen Laufzeit ein großer Erfolg. Damit verstärken wir im Rahmen der Qualifizierungsinitiative der Bundesregierung die frühzeitige Unterstützung junger Menschen beim schwierigen Übergang von Schule in Ausbildung", sagte Storm.

Das Pilotprojekt, das bis Ende 2010 läuft, bietet Schülerinnen und Schülern schon während des Schulbesuchs die Möglichkeit, vor allem im handwerklichen Bereich mindestens drei Berufe in einer überbetrieblichen Bildungsstätte oder einer ähnlichen Einrichtung kennen zu lernen. Auf diesem Wege werden erste praktische Erfahrungen vermittelt und Schülerinnen und Schüler auf das Berufsleben vorbereitet; im günstigsten Fall ist dies sogar der erste Schritt in eine Berufsausbildung.

Das Programm sieht ein 80-stündiges Praktikum vor, das die Möglichkeit bietet, an der Werkbank selbst zu erleben, welcher Beruf Spaß und Freude vermitteln kann, aber auch, welche Anforderungen konkret gestellt werden. Dadurch sollen die Motivation der Schülerinnen und Schüler gesteigert und die Schulabbrucherquote gesenkt werden. Storm: "Wer von einem Ausbildungsmeister gesagt bekommt, dass er für den von ihm gewünschten Beruf gut rechnen können muss, strengt sich im Mathematikunterricht im eigenen Interesse oft besonders an. Und in der Ausbildung selbst kann durch eine treffgenauere Berufswahl die Abbrecherquote gesenkt werden. Die Jugendlichen erhalten dadurch wertvolle Orientierung für das spätere Berufsleben."

Die Jugendlichen erhalten nach der Maßnahme ein Zertifikat, das ihnen ihre individuellen Kompetenzen, vor allem ihre Neigungen, Eignungen und Entwicklungspotentiale bescheinigt. Somit können Betriebe nicht nur Zeugnisnoten, sondern auch persönliche Einschätzungen und Beurteilungen von Ausbildern bei der Auswahl von geeigneten Bewerbern für freie Ausbildungsplätze zugrunde legen.

Die Durchführung des Programms sowie die Evaluierung einschließlich der Untersuchung der Auswirkungen auf die Motivation der Jugendlichen erfolgt durch das Bundesinstitut für berufliche Bildung (BIBB).

www.bibb.de

Konferenz zur Zukunft der beruflichen Aus- und Weiterbildung

(BMBF) Der demografische Wandel in Deutschland konfrontiert unsere Gesellschaft mit neuen Herausforderungen, auch und gerade in der Bildungspolitik. Um über die Auswirkungen der schrumpfenden Bevölkerung auf die berufliche Aus- und Weiterbildung zu diskutieren, veranstaltet das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) am 29. und 30. Juni in der Metropolis Halle in Potsdam-Babelsberg eine bundesweite Konferenz. Titel: "Demografischer Wandel - Zukunft der beruflichen Aus- und Weiterbildung" mit über 250 Experten und Expertinnen aus Politik, Forschung und Berufsbildungspraxis.

Bis 2030 schrumpft die Altersgruppe der Jugendlichen und jungen Erwachsenen zwischen 17 und 25 Jahren ' diejenige Altersgruppe, die die Ausbildungsplatznachfrage im Wesentlichen bestimmt ' um rund ein Fünftel. Während der drohende Akademikermangel bereits in aller Munde ist, wird die Zukunft der beruflichen Bildung bisher kaum diskutiert. Das BMBF hat eine Studie in Auftrag gegeben, die die Auswirkungen der sich abzeichnenden Bevölkerungsentwicklung auf die Strukturen der Berufsausbildung in drei unterschiedlichen Zeithorizonten untersucht. Auf der Konferenz sollen diese Ergebnisse in Bezug auf die duale Ausbildung, das sogenannte Übergangssystem sowie die berufliche Weiterbildung diskutiert werden. Dabei stehen folgende Fragen im Vordergrund: Inwieweit besteht Veränderungsbedarf im bestehenden Bildungssystem? Welche Ausrichtung der zukünftigen Bildungsinstitutionen ist erforderlich? Wie werden sich die Bildungsanforderungen für den Einzelnen verändern? Welche neuen Finanzierungsmodelle sind möglich? Auf Grundlage der Konferenzergebnisse sollen Leitlinien für die Zukunft der beruflichen Aus- und Weiterbildung formuliert werden, die die Reform des Ausbildungssystems konstruktiv vorantreiben sollen.

Download: http://www.bmbf.de/pub/auswirkungen_demografische_entwicklung_berufliche_ausbildung.pdf

Europaparlament: Weiterbildung wichtiges Instrument zur Arbeitsmarktintegration

(EU-Parlament) Weiterbildung ist nach Meinung der Abgeordneten des Europaparlaments (EP) der Schlüssel zur Reintegration in den Arbeitsmarkt. Besondere Eingliederungsmaßnahmen müssten auch für jugendliche Schulabbrecher eingeführt werden, um diesen Perspektiven zu bieten. Es komme darauf an, Bildung von hoher Qualität bereitzustellen, so das Europäische Parlament. Besonders Menschen, die dauerhaft vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen sind, müssten verstärkt Ansprüche auf Bildung haben. Außerdem hatte sich das EP mit der Annahme eines Berichts für mehr soziale Sicherheit und Maßnahmen zur Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt ausgesprochen. Die Abgeordneten forderten die EU-Staaten auf, in Zeiten der Wirtschaftskrise weiterer Verarmung und Ausgrenzung entgegenzuwirken.

www.europarl.europa.eu >Beschäftigung und Soziales

Auslandsaufenthalte deutscher Auszubildende auf Rekordniveau

(BMBF/NA-BIBB) Angesichts der steigenden Nachfrage nach Auslandsaufenthalten in der beruflichen Erstausbildung stockt das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) das europäische Berufsbildungsprogramm LEONARDO DA VINCI mit Mitteln aus dem Bundeshaushalt auf. Mit rund 800.000 Euro können in diesem Jahr fast 500 Auszubildende zusätzlich gefördert werden. Sie haben die Möglichkeit, einen Teil ihrer dualen Ausbildung - zwischen drei Wochen und neun Monaten - in einem ausländischen Betrieb absolvieren. Damit werden in diesem Jahr erstmals mehr als 10.000 Auszubildende aus Deutschland im Rahmen von LEONARDO DA VINCI an einem Ausbildungsaufenthalt im europäischen Ausland teilnehmen.

"Die Auszubildenden verbessern neben ihren fachlichen Kenntnissen insbesondere auch die immer wichtiger werdenden internationalen Qualifikationen und Schlüsselkompetenzen. Sie kommen mit mehr Wissen, gestärktem Selbstbewusstsein und neuen Ideen in ihre Ausbildungsbetriebe zurück. Dies ist nicht nur für ihre persönlichen Karrierechancen wichtig. Die Betriebe profitieren unmittelbar, indem etwa Geschäftskontakte mit ausländischen Betrieben oder öffentlichen Einrichtungen erstmals oder leichter möglich sind," sagte der Parlamentarische Staatssekretär im BMBF, Andreas Storm, MdB, am Mittwoch in Berlin. "Gerade die exportorientierte deutsche Wirtschaft braucht international qualifizierte Fachkräfte. Ein Ausbildungsaufenthalt im Ausland ermöglicht jungen Menschen, internationale Berufskompetenzen zu erwerben und damit ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern."

Mit der Förderung von 500 zusätzlichen Auszubildenden leistet das BMBF einen wichtigen Beitrag zur Umsetzung der Empfehlungen des Innovationskreises Berufliche Bildung. Der Innovationskreis hatte sich 2007 in seinen Empfehlungen für die weitere europäische Öffnung der beruflichen Bildung ausgesprochen und eine Verdoppelung der Zahl von Auslandsqualifizierungen bis 2015 gefordert.

Die Zusatzmittel kommen den qualitativ besten LEONARDO DA VINCI-Projekten aus dem dualen Ausbildungssystem zugute und honorieren so auch vorbildliche Vorbereitung und Durchführung von Auslandsaufenthalten. Die Nachfrage von Ausbildungsbetrieben nach einer Förderung aus dem LEONARDO DA VINCI-Programm ist in diesem Jahr überproportional gestiegen.

Das BMBF fördert darüber hinaus bilaterale Austauschprogramme mit Frankreich, Großbritannien, Norwegen und den Niederlanden. Hier erhalten jedes Jahr weitere 2.000 Auszubildende aus Deutschland die Möglichkeit, einen Ausbildungsabschnitt in diesen Ländern zu absolvieren. Im Gegenzug kommen aus diesen Ländern Auszubildende nach Deutschland. Insgesamt nehmen demnach im Jahr 2009 über 12 500 deutsche Auszubildende in 31 europäischen Staaten einen Teil ihrer Ausbildung wahr.

www.na-bibb.de/leonardo_da_vinci_3.html

Sachsen plant zentrale Einrichtung für wissenschaftliche Weiterbildung

(Freistaat Sachsen) „Berufsbegleitende und allgemeine Weiterbildung muss neben Studium und Lehre noch stärker eine der zentralen Aufgaben der Hochschulen und der Berufsakademie werden“, sagte Sachsens Wissenschaftsministerin Dr. Eva-Maria Stange im Vorfeld des Sächsischen Weiterbildungstages. „Die Nachfrage nach Weiterbildungsangeboten wird in den kommenden Jahren in dem Maße wachsen, wie sich die Anforderungen der Arbeitswelt verändern“, so die Wissenschaftsministerin. Es sei daher unabdingbar, dass sich die Hochschulen in diesem Bereich künftig stärker öffneten und engagierten.

Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und des ständig steigenden Fachkräftebedarfes sei die akademische Weiterbildung für beruflich Qualifizierte zwingend erforderlich. „Da die Hochschulen ihre Weiterbildungsangebote derzeit häufig vor allem auf die Zielgruppe der HochschulabsolventInnen ausrichtet, fühlt sich die Gruppen der beruflich Qualifizierten von den Weiterbildungsangeboten der Hochschulen bisher kaum angesprochen.“ Die Ministerin verwies darauf, dass gerade ein stärkeres Angebot an Teilzeit- und berufsbegleitenden Angeboten den beruflich Qualifizierten entgegenkomme.

Das sächsische Wissenschaftsministerium werde daher bis zum kommenden Wintersemester im Rahmen eines ESF-Projektes eine zentrale Informationsstelle für Weiterbildung einrichten. Die Informationsstelle habe die Aufgabe über alle Weiterbildungsangebote der sächsischen Hochschulen zu informieren und darüber hinaus neue Personengruppen für die Weiterbildung zu gewinnen.

www.medienservice.sachsen.de

Gemeinsame Presserklärung zum Ausbildungspakt: Stabilität auf dem Ausbildungsmarkt

(Ausbildungspakt) Die Partner des Ausbildungspaktes (Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, des Bundesverbandes der Deutschen Industrie e.V., des Deutschen Industrie- und Handelskammertages, des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks, des Bundesverbandes der Freien Berufe, des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie, des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, der Kultusministerkonferenz und der Bundesagentur für Arbeit) haben eine gemeinsame Erklärung zum Ausbildungspakt herausgegeben. Darin heißt es (Auszug):

„Auch im Jahr 2009 gelten die Zusagen des Ausbildungspaktes. Die Paktpartner bekräftigen das Ziel, jedem ausbildungswilligen und ausbildungsfähigen Jugendlichen ein Angebot auf Ausbildung zu machen. Der Ausbildungspakt steht im Jahr 2009 vor zwei besonderen Herausforderungen:

Wirtschaftskrise und demografiebedingter Rückgang bei den Bewerbern prägen die aktuelle Lage auf dem Ausbildungsmarkt. Die Paktpartner werden auch angesichts dieser schwierigen Rahmenbedingungen alles dafür tun, Jugendlichen eine Perspektive für eine Berufsausbildung zu geben, und die Betriebe bestärken, durch Kontinuität in der Berufsausbildung den eigenen Fachkräftenachwuchs dauerhaft zu sichern.

Die Lage auf dem Ausbildungsmarkt

Die Auswirkungen von Wirtschaftskrise und Demografie auf den Ausbildungsmarkt sind je nach Region und Branche unterschiedlich. Insbesondere in den alten Ländern brechen vielen Betrieben die Aufträge weg. In der Folge ist nicht auszuschließen, dass sie nicht wieder auf dem Niveau der Vorjahre ausbilden. In den neuen Ländern leiden Betriebe und Freiberufler dagegen stärker unter dem demografiebedingten Bewerberrückgang (15,5 Prozent weniger Schulabgänger 2009 als im Vorjahr) und haben zunehmend Probleme, ihre angebotenen Ausbildungsplätze auch zu besetzen. Insgesamt zeigt sich, dass viele Unternehmen trotz schwieriger Rahmenbedingungen weiter engagiert an Ausbildung festhalten.

Die Chancen der Jugendlichen auf einen Ausbildungsplatz sind aktuell trotz Krise in der Tendenz so gut wie in den vergangenen Jahren. Denn die Zahl der Bewerber – und auch der „Altbewerber“ – geht bislang stärker zurück als die Zahl der angebotenen Ausbildungsplätze.

Dies zeigen die bis jetzt vorliegenden Zahlen der Bundesagentur für Arbeit (BA): Die Zahl der Bewerber um Ausbildungsstellen ist im Mai 2009 gegenüber dem Vorjahr um 14,2 Prozent, die der angebotenen betrieblichen Ausbildungsstellen um 5,4 Prozent zurückgegangen. Damit ist die Bewerber-Stellen-Relation derzeit sogar besser als in den Jahren zuvor. Im Mai 2009 lag die Zahl der bis dahin neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge bei Industrie, Dienstleistungen und Handel um 5,7 Prozent und im Handwerk um 9,8 Prozent unter dem Vorjahresergebnis.

In den nächsten Monaten intensivieren die Paktpartner ihre gemeinsamen Anstrengungen zur Umsetzung ihrer Ziele. Die Integration der Jugendlichen in betriebliche Berufsausbildung hat dabei Vorrang. Zudem gibt es noch ein Potenzial an 40.000 von der Wirtschaft zugesagten Plätzen für betriebliche Einstiegsqualifizierungen (EQ), die sich in den letzten Jahren als erfolgreiche Brücke in Ausbildung erwiesen haben. Die BA kann bis zu 45.000 benachteiligte Jugendliche durch eine außerbetriebliche Berufsausbildung unterstützen. Auch Bundesregierung und Länder setzen ihre entsprechenden Förderprogramme zur außerbetrieblichen Berufsausbildung fort.

Mehr Transparenz über unbesetzte Ausbildungsstellen

Die Paktpartner ermutigen die Jugendlichen, sich intensiv um betriebliche Ausbildungsplätze zu bewerben. Es gibt aktuell noch viele unbesetzte Lehrstellen, gerade in den neuen Bundesländern, auf die Kammern, Verbände und Agenturen für Arbeit verstärkt hinweisen. Die Industrie- und Handelskammern und die Handwerkskammern werden in sogenannten Wochen der Ausbildungschance offene Ausbildungsplätze intensiv bewerben und dadurch die Transparenz über unbesetzte Lehrstellen verbessern.

Unterstützung von Auszubildenden aus insolventen Betrieben

Die Paktpartner setzen sich verstärkt dafür ein, dass Auszubildende aus insolventen Betrieben ihre Ausbildung fortsetzen können. Erste Ansprechpartner für die Jugendlichen sind die Kammern und die Agenturen für Arbeit. Unterstützend greifen hierbei Länderprogramme und das Arbeitsförderungsrecht, insbesondere der Ausbildungsbonus für Auszubildende aus Insolvenzbetrieben.

Verbesserung der Ausbildungsreife und der Berufsorientierung

Zu viele Jugendliche sind nach Abschluss der allgemein bildenden Schule nicht in der Lage, eine Berufsausbildung zu beginnen und abzuschließen. Diese Aufgabe können die Paktpartner nicht alleine lösen. Daher haben sich die Paktpartner, die Bundesagentur für Arbeit und die Integrationsbeauftragte mit der Kultusministerkonferenz in einer gemeinsamen Erklärung zur Ausbildungsreife und Berufsorientierung darauf verständigt, verstärkt gemeinsam zu handeln und im Ausbildungspakt regelmäßig über Fortschritte zu berichten.“

www.arbeitgeber.de >Presse

Auswirkung der Neuausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente auf die Arbeitsmarktstatistik ab Mai

(Arbeitsagentur) Durch das Gesetz zur Neuausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente wurde mit Wirkung zum 1. Januar 2009 eine ganze Reihe von arbeitsmarktpolitischen Instrumenten mit Auswirkungen auf die Arbeitsmarktstatistik verändert, abgeschafft oder neu gestaltet.

Insbesondere wurden die neuen Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung nach § 46 SGB III geschaffen, die die positiven Elemente verschiedener früherer Instrumente zusammenfassen und ähnliche Förderkonzepte in neuen flexiblen Zusammenhängen ermöglichen. Dadurch entfallen insbesondere:

- die Beauftragung von Dritten mit der Vermittlung (§ 37 SGB III alter Fassung),
- Aktivierungshilfen (§ 241 Abs. 3a SGB III alter Fassung),
- Personal-Service-Agenturen (§ 37c SGB III alter Fassung)
- und die Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen (§ 48 SGB III alte Fassung).

Diese Veränderung hat Auswirkungen auf die Arbeitsmarktstatistik, da bisher die Teilnehmer an diesen Maßnahmen unterschiedlich in der Arbeitslosenstatistik erfasst wurden. So waren zum Beispiel die bundesweit rund 60.000 Personen in Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen nicht arbeitslos. Als arbeitslos erfasst waren hingegen die rund 200.000 Personen, die durch Dritte betreut wurden.

Die Gesetzesänderung hat somit Auswirkungen auf die Vergleichbarkeit der Arbeitslosenzahlen im Zeitverlauf und ihre Interpretation. In den Arbeitslosenzahlen treten diese Wirkungen insbesondere ab dem Berichtsmonat Mai 2009 auf, weil die Bundesagentur für Arbeit (BA) seit Anfang Mai die IT-technischen Voraussetzungen zur Berücksichtigung der Gesetzesänderung umgesetzt hat. Für Neuzugänge in Maßnahmen der Aktivierung und beruflichen Eingliederung wird nunmehr einheitlich der Grundsatz des § 16 Absatz 2 SGB III umgesetzt, dass „Teilnehmer an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen nicht als arbeitslos gelten“.

Für die Interpretation der Arbeitsmarktstatistik sind insbesondere folgende Wirkungen zu beachten:

Die Teilnahme an Maßnahmen gemäß § 46 SGB III führt zum Teil zu einer (zusätzlichen) Entlastung der Arbeitslosigkeit. Die Höhe der Entlastung wird monatlich ermittelt.

Die Vorjahresveränderung der Arbeitslosenzahlen sind durch diesen Sondereffekt verzerrt; negative Abstände werden kleiner und positive größer.

Das Saisonbereinigungsverfahren kann derartige Gesetzesänderungen nicht berücksichtigen. Dies ist bei der Interpretation zu berücksichtigen.

Darüber hinaus ergeben sich statistische Effekte beim Vormonatsvergleich und den Bewegungsdaten.

Die BA hat eine Vielzahl neuer Auswertungen aufgelegt, um eine von diesen Effekten unbeeinträchtigte Beobachtung des Arbeitsmarktes zu ermöglichen. Insbesondere werden Angaben zur Unterbeschäftigung in verschiedenen Abgrenzungen in die Arbeitsmarktberichterstattung aufgenommen; sie berücksichtigen die Entlastung der Arbeitslosigkeit durch den Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente. Der Übergang auf die implizit geänderte Zählweise wird so im Zeitverlauf transparent dargestellt. Vertieft erläutert werden die Zusammenhänge in dem Methodenbericht „Umfassende Arbeitsmarktstatistik“.

www.arbeitsagentur.de >Presse >Presseinformationen

Tag des Ausbildungsplatzes: 27.200 zusätzliche Ausbildungsplätze eingeworben

(Arbeitsagentur) Mitarbeiter der Bundesagentur für Arbeit (BA) und der Arbeitsgemeinschaften zur Betreuung der Arbeitslosengeld II-Bezieher haben am "Tag des Ausbildungsplatzes", insgesamt 27.200 Ausbildungsplätze eingeworben. Damit wurde das Ergebnis des vergangenen Jahres (23.200) trotz der angespannten wirtschaftlichen Situation deutlich übertroffen und gleichzeitig ein wertvoller Beitrag zur Erreichung der Ziele des Nationalen Paktes für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs geleistet.

„Das Ziel sind über 600.000 Ausbildungsplätze im kommenden Ausbildungsjahr“, so Detlef Scheele, Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales gestern im Rahmen eines gemeinsamen Betriebsbesuches mit BA-Vorstand Raimund Becker zum Tag des Ausbildungsplatzes in Schorndorf. "Gerade in der gegenwärtigen Wirtschaftskrise appelliere ich an Unternehmen, bei der Ausbildung nicht nachzulassen. Bei sich verbessernder Wirtschaftslage wird das Thema Fachkräftebedarf wieder im Vordergrund stehen. Darauf müssen sich Unternehmen jetzt schon einstellen.“, sagte BA-Vorstand Raimund Becker.

Mitarbeiter der Agenturen für Arbeit und der Arbeitsgemeinschaften zur Betreuung der Arbeitslosengeld II-Bezieher nahmen am Tag des Ausbildungsplatzes Kontakt mit mehr als 63.000 Unternehmen auf. Mehrere Tausend Berufsberater, Arbeitsvermittler und Führungskräfte haben bundesweit bei Betriebsbesuchen und im Rahmen von Telefonaktionen für den Ausbildungsbeginn im Herbst 2009 und für das nachfolgende Ausbildungsjahr zusätzliche Ausbildungsplätze akquiriert.

"Nur wer heute ausbildet, sichert sich seine künftigen Fachkräfte. In den kommenden Jahren werden aus demografischen Gründen weniger Jugendliche auf den Ausbildungsmarkt strömen. Deshalb ist Ausbildung jetzt so wichtig", appellierte Becker ausdrücklich.

www.arbeitsagentur.de>Presse >Presseinformationen

Gemeinsame Erklärung: Zusätzliche stabilisierende Maßnahmen für den Arbeitsmarkt

BMAS, des DGB und der BDA haben eine gemeinsame Erklärung zur Wirtschaftskrise veröffentlicht. Darin heißt es: „Alle Prognosen für die wirtschaftliche Entwicklung gehen von einer weltweiten Krise mit gravierenden Auftrags- und Absatzeinbrüchen aus. Deswegen wollen wir zusätzliche stabilisierende Maßnahmen für den Arbeitsmarkt, die es ermöglichen, mit Sozialpartnerschaft durch die Krise zu kommen. Dazu wird vereinbart: "Kurzarbeitergeld plus" - Verlängerung der Zahldauer auf 24 Monate, vollständige Entlastung von den Sozialversicherungsbeiträgen und weitere Vereinfachungen.

Die bisherigen Erleichterungen beim Kurzarbeitergeld haben geholfen, mehrere Hundert-tausend Arbeitsplätze zu sichern. Weitere Verbesserungen sollen helfen, dass die Betriebe über die Krise hinweg an den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern festhalten.

Die Bezugsdauer soll auf 24 Monate verlängert werden. Wenn in einem Unternehmen bereits sechs Monate Kurzarbeit geleistet worden sind, soll der Betrieb danach vollständig von den Sozialversicherungsbeiträgen entlastet werden. Für die Berechnung des Sechs-Monats-Zeitraums ist es ausreichend, dass Kurzarbeit in den Unternehmen durchgeführt wurde. Dabei werden auch Zeiträume vor In-Kraft-Treten des "Kurzarbeitergeldes Plus" berücksichtigt.

Grundsätzlich sollen die Rahmenbedingungen der Kurzarbeit so gestaltet werden, dass eine Unterbrechung der Kurzarbeit in einzelnen Betriebsteilen keine neuerliche Beantragung notwendig macht, solange der Bewilligungszeitraum gilt. Angesichts dieser Regelungen brauchen wir keine Veränderungen beim Transfer-Kurzarbeitergeld. Das vorrangige Anliegen in der aktuellen Krise ist, den Verbleib der Beschäftigten im Unternehmen zu fördern.

Die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge soll auf einem hohen Niveau gesichert werden, gerade auch im Krisenjahr 2009. Über Wege, dieses Ziel zu erreichen, werden wir miteinander weiter beraten. Es soll sichergestellt werden, dass übernommene Auszubildende, ebenso wie befristet Beschäftigte, direkt in Kurzarbeit gehen können, wenn sie in einem Betriebsteil arbeiten, für den Kurzarbeit beantragt worden ist.

www.bmas.de/portal/33050

Qualifizierung in Kurzarbeit bisher ein Flop

(WAZ) Das neue Qualifizierungsprogramm für Kurzarbeiter scheint nach Angaben der in Essen erscheinenden Westdeutschen Allgemeinen Zeitung (WAZ) nicht zu greifen. Bundesweit wurden von Januar bis Mai ganze 7621 Kurzarbeiter mit ESF-Mitteln qualifiziert, heißt es in dem Bericht. In NRW waren es 1538. Bei einer geschätzten Kurzarbeiterzahl von mehr als einer Viertelmillion allein in NRW dümpelt die Quote im Promille-Bereich. Für die IG Metall Grund genug, die schöne Idee als gescheitert zu betrachten. Denn eigentlich waren sich alle einig: Um für den nächsten Aufschwung gerüstet zu sein, wäre es sinnvoll, fehlende Qualifikationen nachzuholen. Jetzt befürchtet Oliver Burkhard, Chef der IG Metall in NRW, „dass wir aus der Krise direkt in die Fachkräftelücke stolpern.“

Auch die Bundesagentur für Arbeit (BA) hält die Bilanz für mager. Christiane Schönefeld, BA-Chefin in NRW, zeigt aber auch Verständnis für die Betriebe: „Viele kleine und mittelgroße Betriebe kämpfen ums Überleben. Die haben zurzeit keinen Kopf für Weiterbildung.“ Um die Qualifizierung in Kurzarbeit doch noch anzuschieben, plane die BA im Juli eine neue Werbeaktion mit den Kammern.

Allerdings steht der Gesetzgeber seiner Idee inzwischen selbst im Weg. Bisher nahm er dem Arbeitgeber die Sozialbeiträge nur in voller Höhe ab, wenn der seine Kurzarbeiter qualifizierte. Nun fallen sie nach sechs Monaten automatisch weg. „Das ist für die Weiterbildung kontraproduktiv, weil der finanzielle Anreiz wegfällt“, so Schönefeld. „Dann macht das gar keiner mehr“, befürchtet Gewerkschafter Burkhard.

Aus dem ESF werden Fortbildungen für Fachkräfte finanziert. Es geht darum, neue Qualifikationen zu erlernen, die nicht nur dem aktuellen Arbeitgeber nützen, sondern auch für andere Tätigkeiten hilfreich sein könnten. Das kann ein Kurs in Wirtschaftsenglisch sein oder ein Gabelstaplerschein. Für Geringqualifizierte gibt es Bildungsgutscheine. Davon werden derzeit in NRW 1226 genutzt.

www.derwesten.de

Weiterbildung für Berufskraftfahrer wird im September zur Pflicht

(EU) Neue Regelungen treten für LKW-Fahrer ab September 2009 in Kraft: Die Trucker müssen alle fünf Jahre eine Weiterbildung über 35 Stunden absolvieren. Der Nachweis darüber erfolgt durch einen Eintrag in den Führerschein. Mit dieser europäischen Regelung wird die Absicht verfolgt, die Verkehrssicherheit zu erhöhen und durch eine wirtschaftliche Fahrweise den Kraftstoffverbrauch zu senken. Zusätzlich sollen damit sowohl die Umweltbelastung als auch die Betriebskosten verringert werden.

Mit der europäischen „Richtlinie 2003/59/EG über die Grundqualifizierung und Weiterbildung der Fahrer bestimmter Kraftfahrzeuge für den Güter- oder Personenkraftverkehr“ wurde beschlossen, dass zukünftig Fahrerinnen und Fahrer, die Werk-, Güterkraft- oder Personenverkehr auf öffentlichen Straßen durchzuführen, eine besondere Qualifizierung nachweisen müssen, um in diesen Bereichen selbstständig oder abhängig tätig sein zu dürfen. Betroffen von dieser Regelung sind Fahrerinnen und Fahrer von Fahrzeugen mit einem zulässigen Gesamtgewicht über 3,5 Tonnen im Güterkraftverkehr oder von Fahrzeugen mit mehr als acht Fahrgastplätzen im Personenverkehr.

Mit dieser Regelung verfolgt die Europäische Kommission das Ziel, einen Beitrag zur Verbesserung der Verkehrssicherheit sowie der Sicherheit der Fahrerinnen und Fahrer zu leisten.

Die nationale Umsetzung der Richtlinie erfolgte durch das „Gesetz über die Grundqualifikation und Weiterbildung der Fahrer bestimmter Kraftfahrzeuge für den Güterkraft- oder Personenverkehr (Berufskraftfahrer-Qualifikations-Gesetz – BKrFQG)“ vom 14. August 2006 sowie durch die „Verordnung zur Durchführung des Berufskraftfahrer-Qualifikations-Gesetzes (BKrFQV)“ vom 22. August 2006. Beide Vorschriften traten am 01. Oktober 2006 in Kraft. Wer nach Fristablauf ohne den Eintrag im Führerschein angetroffen wird, muss mit empfindlichen Strafen rechnen. Auch die Unternehmen sind in der Pflicht, die regelmäßige Weiterbildung ihrer Fahrer zu kontrollieren. Für Busfahrer gilt das Gesetz übrigens bereits seit September 2008.

<http://bundesrecht.juris.de> >BKrFQG

Rheinland-Pfalz: Konjunkturprogramm II stärkt Weiterbildung, auch kirchliche Träger sollen profitieren

(Rheinland-Pfalz) Den Volkshochschulen in Rheinland-Pfalz sowie den Mitgliedseinrichtungen der anerkannten Landesorganisationen der Weiterbildung sind im Rahmen des Konjunkturprogramms II Förderungen für 165 Vorhaben mit einer Gesamthöhe von rund 3,4 Millionen Euro aus Bundes- und Landesmitteln in Aussicht gestellt worden. Einschließlich des Eigenanteils werden dadurch Investitionen in Höhe von rund 3,8 Millionen Euro ermöglicht. Die Landesregierung habe sich in den Verhandlungen mit dem Bund und den anderen Ländern erfolgreich dafür eingesetzt, dass auch kirchliche und freigemeinnützige Träger an den Maßnahmen des Konjunkturprogramms II partizipieren können. Dies sei für den Weiterbildungsbereich mit seiner pluralistischen Struktur von besonderer Bedeutung.

www.mbwjk.rlp.de >Aktuelles

Wirtschaftsexperten fordern mehr Weiterbildung

(Haufe Personal) Führende deutsche Wirtschaftsexperten sind sich einig: Weiterbildung sollte auch in Zeiten der Krise eine wichtige Rolle in der Personalarbeit der Unternehmen spielen.

Der Vorsitzende der Wirtschaftswissenschaften, Professor Wolfgang Franz, sein Vorgänger, Professor Bert Rürup, sowie der Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft, Professor Michael Hüther, fordern Arbeitgeber auf, die Chancen der Weiterbildung stärker zu nutzen. Dies ist auch ganz im Sinne der Bundesagentur für Arbeit, welche an die Unternehmen appelliert, die Weiterentwicklung ihrer Mitarbeiter auch in Zeiten der wirtschaftlichen Krise nicht zu vernachlässigen.

„Weiterbildung erhöht die Innovationskraft von Unternehmen und damit auch ihre Zukunftsfähigkeit“, sagt Professor Rürup. Besonders vor dem Hintergrund des demografischen Wandels gewinnt diese Aussage an Bedeutung. Auf der einen Seite bleiben ältere Arbeitnehmer nach Einführung der Rente mit 67 länger im Berufsleben, andererseits fehlt der Nachwuchs. Daran ändert auch die Krise nichts. „Das Problem eines Fachkräftemangels ist durch die Rezession nur aufgeschoben, nicht etwa aufgehoben“, warnt der Vorsitzende der Wirtschaftswissenschaften, Professor Franz.

www.haufe.de >Personalentwicklung

Nachrichten

Meister-BAföG 2008: Wieder mehr Geförderte in Deutschland

(Destatis) Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) mitteilt, erhielten im vergangenen Jahr knapp 140 000 Personen Leistungen nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz — das sogenannte Meister-BAföG. Damit zeigte sich nach zwei Jahren des Rückgangs erstmals wieder ein Anstieg der Gefördertenanzahlen (+ 4,4%). An Förderleistungen wurden im Jahr 2008 insgesamt rund 382 Millionen Euro bewilligt, 7% mehr als im Vorjahr.

Von den Förderleistungen entfielen rund 267 Millionen Euro auf Darlehen und 114 Millionen Euro auf Zuschüsse. Die Zuschüsse setzten sich aus 65 Millionen Euro zur Finanzierung der Lehrgangs- und Prüfungsgebühren, knapp 49 Millionen Euro für den Lebensunterhalt und 0,2 Millionen Euro zur Kinderbetreuung an die Geförderten zusammen. Bei den Darlehen wurden 149 Millionen Euro für Lehrgangs- und Prüfungsgebühren, 117 Millionen Euro für den Lebensunterhalt und 1 Million Euro für die Anfertigung des „Meisterstücks“ bewilligt. Inwieweit Darlehen in Anspruch genommen werden, können die Förderungsberechtigten frei entscheiden. Insgesamt nahmen die Geförderten 184 Millionen Euro der bewilligten Darlehen von der Kreditanstalt für Wiederaufbau in Anspruch.

31% der Geförderten waren Frauen. Ihre Zahl stieg gegenüber 2007 um 3% auf rund 43 000. Daneben wurden im Jahr 2008 mit 96 000 Männern rund 5% mehr gefördert als im Jahr 2007. 82% der Geförderten waren zwischen 20 und 35 Jahre alt. Am stärksten vertreten waren die 25- bis 29-Jährigen (35%), gefolgt von den 20- bis 24-Jährigen (32%) und den 30- bis 34-Jährigen (15%). Knapp 50 000 (36%) der Geförderten nahmen an einer Vollzeitfortbildung teil, 90 000 (64%) an einer Teilzeitfortbildung. Gegenüber 2007 stieg die Zahl der Vollzeitgeförderten um 3% und die der Teilzeitgeförderten um 5%.

www.destatis.de >Presse

15 % Jugendliche ohne Berufsabschluss

(BIBB) Der Anteil der Jugendlichen ohne Berufsabschluss liegt seit vielen Jahren fast unverändert bei rund 15 % - viel zu hoch für ein Land wie Deutschland, dem aufgrund der demografischen Entwicklung ein Mangel an Auszubildenden und Fachkräften droht. Ein neues Gutachten der Friedrich-Ebert-Stiftung mit dem Titel: "Jugendliche ohne Berufsabschluss - Handlungsempfehlungen für die berufliche Bildung" - erstellt vom Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) - zeigt, dass auch gravierende Mängel in der Ausbildungsmarktbilanzierung und der sich daraus ergebende fehlende Handlungsdruck dazu führen, dass voll qualifizierende Ausbildungsplätze in viel zu geringem Ausmaß zur Verfügung gestellt werden.

Seit Jahren schwankt der Anteil der Jugendlichen ohne Berufsabschluss um rund 15 %. Die individuellen Ursachen für die Ausbildungslosigkeit sind schlechte Bildungsvoraussetzungen und besondere Lebensumstände auf Seiten der Betroffenen. Ein fehlendes Interesse der Jugendlichen an einer vollqualifizierenden Berufsausbildung spielt dagegen kaum eine Rolle. Fast alle haben nach einem Ausbildungsplatz gesucht. Ein gutes Drittel hat sogar einmal eine Berufsausbildung begonnen, diese aber nicht erfolgreich abgeschlossen. Doch gilt auch in diesen Fällen, dass vor allem Auszubildende mit niedriger schulischer Vorbildung in der Gefahr sind, vorzeitig abzubrechen.

Download des Gutachtens: www.bibb.de/dokumente/pdf/a21_gutachten_jugendliche-ohne-berufsabschluss.pdf

Jeder fünfte Ausbildungsabsolvent wird erst einmal arbeitslos

(IAB) In den letzten 15 Jahren wurde im Schnitt fast jeder fünfte westdeutsche Absolvent nach der Ausbildung zunächst arbeitslos, zeigt eine Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB). In Krisenzeiten waren es bis zu 22 Prozent. Gut sechs von zehn westdeutschen Ausbildungsabsolventen wurden von ihren Ausbildungsbetrieben übernommen. Ein knappes Fünftel der Absolventen verließ zwar den Ausbildungsbetrieb, fand jedoch direkt im Anschluss eine andere Stelle.

Den zunächst arbeitslosen Ausbildungsabsolventen gelang in der Regel innerhalb von drei Monaten ihr Berufseinstieg bei einem anderen Arbeitgeber. In wirtschaftlich angespannten Zeiten häuften sich jedoch auch Arbeitslosigkeitsphasen von vier und mehr Monaten, schreiben die IAB-Arbeitsmarktforscher Holger Seibert und Corinna Kleinert. So waren im Jahr 2004 elf Prozent der Ausbildungsabsolventen bis zu drei Monate arbeitslos und neun Prozent mindestens vier Monate.

Mit längerer Arbeitslosigkeit wird es immer schwieriger, noch eine Stelle im erlernten Beruf zu bekommen: Etwa die Hälfte der Ausbildungsabsolventen, die erst nach mindestens viermonatiger Arbeitslosigkeit eine Stelle fanden, wechselte dabei das Berufsfeld.

Wer nach der Ausbildung zunächst arbeitslos wurde, verdiente bei der ersten Stelle durchschnittlich rund 20 Prozent weniger als die von ihren Ausbildungsbetrieben übernommenen Absolventen. Wer ohne arbeits-

los zu werden unmittelbar nach der Ausbildung den Betrieb wechselte, verdiente dagegen in der Regel sogar mehr als die übernommenen Absolventen.

Im Jahr 2008 hat sich der Ausbildungsmarkt deutlich entspannt. In den neuen Bundesländern ging die Entlastung vor allem auf stark gesunkene Bewerberzahlen zurück, in den alten Bundesländern stieg auch die Zahl der abgeschlossenen Ausbildungsverträge im Vergleich zum Vorjahr. Bis zum 30. September 2008 fanden insgesamt rund 616.000 Bewerber einen Ausbildungsplatz.

Das IAB rechnet aufgrund der Wirtschaftskrise im Jahr 2009 mit einem erheblichen Rückgang des Angebots von Ausbildungsplätzen. Da die Schulabgängerzahlen jedoch zumindest in Ostdeutschland weiter sinken, sei nicht zwangsläufig eine neuerliche Ausbildungslücke in größerem Umfang zu erwarten.

Von Entwarnung könne aber trotzdem keine Rede sein: Selbst bei der vergleichsweise günstigen Situation am Ausbildungsstellenmarkt im Jahr 2008 konnten nicht alle Lehrstellenbewerber adäquat versorgt werden, betonen die Nürnberger Arbeitsmarktforscher. Insbesondere leistungsschwächere Jugendliche gingen auch in konjunkturell guten Zeiten bei der Lehrstellensuche häufig leer aus.

Download der IAB-Studie: <http://doku.iab.de/kurzber/2009/kb1009.pdf>

Berufsbildungs-PISA

(Uni Bremen) Die Forschungsgruppe Berufsbildungsforschung der Universität Bremen hat in den vergangenen zwei Jahren im Auftrag der Bildungsressorts der Bundesländer Hessen und Bremen am Beispiel eines handwerklichen und eines industriellen Elektronikerberufs ein Testverfahren à la PISA entwickelt und erprobt. Erste Ergebnisse liegen jetzt vor.

Es ist unter Experten der Berufsbildungsforschung strittig, ob vergleichende Methoden der Kompetenzdiagnostik, wie sie bei PISA im großen Stil und zum großen Nutzen aller Beteiligten im Bereich der Allgemeinbildung angewendet werden, auch für die berufliche Bildung entwickelt werden können. In der beruflichen Bildung geht es um hunderte verschiedene Berufe, für die in höchst verschiedenen Berufsbildungssystemen ausgebildet wird. Schulische Formen der Berufsausbildung konkurrieren international zum Beispiel mit der Tradition der dualen Berufsausbildung. Die Forschungsgruppe Berufsbildungsforschung der Universität Bremen hat in den vergangenen zwei Jahren im Auftrag der Bildungsressorts der Bundesländer Hessen und Bremen am Beispiel eines handwerklichen und eines industriellen Elektronikerberufs ein Testverfahren entwickelt und erprobt, das seine Bewährungsprobe bestanden hat. Unter dem Kürzel "KOMET" wurden gerade die ersten Testergebnisse veröffentlicht. Die Untersuchungsergebnisse überraschen in ihrer Qualität und Tiefe selbst Fachleute. "Erstmals sind wir in der Lage, in der beruflichen Bildung, die weitgesteckten Bildungsziele und Leitideen mit den Ausbildungsergebnissen zu vergleichen", kommentiert Reinhard Platter aus dem Haus der Bremer Senatorin für Bildung und Wissenschaft die Ergebnisse. Es sind vor allem fünf Punkte, zu denen die Untersuchungsergebnisse der Berufsbildungspraxis, der Berufsbildungsplanung und -politik wertvolle Daten liefern.

1. Die in den Fachklassen der Berufsschulen zusammengefassten Auszubildenden aus den unterschiedlichen Ausbildungsbetrieben zeichnen sich durch ein Höchstmaß an Heterogenität ihrer Kompetenzen aus. Die unteren und oberen zehn Prozent der leistungsschwachen und leistungsstarken Auszubildenden liegen im dritten Ausbildungsjahr in ihrer Kompetenzentwicklung um bis zu zwei Ausbildungsjahre auseinander. Das heißt, dass ein Teil der Auszubildenden gegen Ende der Ausbildung kaum über Anfängerqualifikationen hinausgelangt ist.

2. Erfreulich ist, dass die PISA-Prognose, nach der der große Anteil an Risikoschülern einer Berufsausbildung nicht gewachsen ist, nicht in vollem Umfang zutrifft. Ein beachtlicher Teil der Risikoschüler, die sich im Elektrikerberuf (Handwerk) konzentrieren, erreicht durchaus das Ausbildungsziel. Trotzdem wird die PISA-Prognose in der Tendenz bestätigt.

3. Überraschend ist das Ergebnis, dass es zwischen dem zweiten und dritten Ausbildungsjahr bei einer dreieinhalbjährigen Ausbildungszeit zu einer Stagnation der Kompetenzentwicklung kommt. In der prüfungsfreien Zeit nach der Zwischenprüfung kommt es ganz offenbar, so die begründete Hypothese, zu einer "Durchhängerphase", bei der eine große Zahl von Auszubildenden erst einmal die Zügel schleifen lässt, bevor sie sich dann, kurz vor der Abschlussprüfung, wieder anstrengen. In dem als Längsschnittuntersuchung angelegten Projekt wird diese begründete Vermutung noch im Einzelnen untersucht werden. Dies ist schon deswegen notwendig, da die sich daraus ergebenden Konsequenzen weitreichende Reformen des Prüfungswesens nahelegen.

4. Hervorgehoben wird in der Studie auch, dass die anfängliche Begeisterung für den gewählten Beruf und das damit verbundene berufliche Engagement während der Ausbildung stagniert und in der Tendenz eher

abnimmt. Die Auszubildenden fühlen sich in der Anfangsphase ihrer Ausbildung mehrheitlich unterfordert und zu sehr in die Rolle von Hilfskräften gedrängt. Immer dann, wenn Betriebe Auszubildende als neue Mitarbeiter behandeln, und sie, so wie es die Ausbildungsordnungen vorsehen, von Anfang an in Arbeitsaufträge einbeziehen, die sie auch als eingebettet in die betrieblichen Geschäftsprozesse erleben, wirkt sich dies sehr positiv auf die Entwicklung beruflicher Kompetenz und beruflichen Engagements aus. Der für die berufliche Bildung zuständige Abteilungsleiter des hessischen Kultusministeriums, Wolfgang Kreher, sieht daher die Notwendigkeit, in der Zusammenarbeit zwischen Berufsschulen und den Ausbildungsbetrieben eine neue Qualität zu erreichen.

www.ibb.uni-bremen.de

Migranten auf dem Arbeitsmarkt: Fachliche und sprachliche Befähigungen von hoher Bedeutung

(IWAK) Ein vergleichsweise niedriges Qualifikationsniveau konstatiert eine Studie zur Beschäftigungssituation beschäftigter Migranten im Rhein-Main-Gebiet: Fast 40 Prozent verfügten über keine abgeschlossene Berufsausbildung und trügen damit gerade in Zeiten wirtschaftlichen Abschwungs ein erhebliches Arbeitslosigkeitserisiko mit geringen Chancen auf Wiederbeschäftigung. „Verstärkte Integrationsanstrengungen im Bereich der Aus- und Weiterbildung dürfen sich daher nicht nur auf arbeitslose Migranten konzentrieren, sondern müssen die bereits Beschäftigten mit einbeziehen“, heißt es in der Studie.

Etwa 15,6 Prozent der Betriebe in der Region sehen Hindernisse, offene Stellen mit Migranten zu besetzen. Zentraler Hinderungsfaktor sind hierbei die bemängelten Deutschkenntnisse der Migranten. Dies gilt prinzipiell für alle Qualifikationsgruppen, insbesondere aber für ansonsten (formal) qualifizierte Bewerber. Zertifizierte Berufs- oder Hochschulabschlüsse müssen demnach mit guten Deutschkenntnissen kombiniert sein, will man die Bedenken der Betriebe ausräumen und die Beschäftigungschancen von Migranten erhöhen. Dies gilt umso mehr, als dass das Kriterium der Mehrsprachigkeit für einige Betriebe von erheblicher Bedeutung ist und sie hier bei Migranten prinzipiell eher Vorteile denn Nachteile für eine Beschäftigung sehen.

Siehe: <http://www.iwak-frankfurt.de/documents/Rep0704.pdf>

Weiterbildungs-Innovations-Preis 2010

(BIBB) Um innovative Konzepte im Bereich der beruflichen und betrieblichen Weiterbildung zu fördern, Impulse für neue Entwicklungen zu setzen und die Zukunft mitzugestalten, schreibt das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) in diesem Jahr zum zehnten Mal den „Weiterbildungs-Innovations-Preis“ (WIP) aus. Neben fünf Preisen zu allen Themen und Feldern der beruflich/betrieblichen Weiterbildung wird es erstmals einen Sonderpreis für innovative Weiter- und Fortbildungskonzepte geben, die speziell zur Durchlässigkeit zwischen beruflicher Bildung und Hochschulbildung beitragen.

Alle sechs Preise sind mit jeweils 2.500 Euro dotiert. Die Preisverleihung steht unter der Schirmherrschaft des Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen, Dr. Jürgen Rüttgers, und findet auf der Bildungsmesse didacta im März 2010 in Köln statt. Bewerbungsschluss ist der 31. Juli 2009.

Mit dem WIP und den damit geförderten Projekten trägt das BIBB mittlerweile seit einem Jahrzehnt zur Modernisierung und Zukunftssicherung der beruflichen und betrieblichen Weiterbildung in Deutschland bei. Bildungsdienstleister, Organisationen und Einrichtungen sowie Unternehmen aus dem In- und Ausland, die innovative Konzepte zur beruflichen bzw. betrieblichen Weiterbildung entwickelt haben, sind aufgefordert, sich am Wettbewerb um den WIP 2010 zu beteiligen.

www.bibb.de >Weiterbildungs-Innovations-Preis

Weiterbildungsbeteiligung ist bei Hochqualifizierten in wissensintensiven Branchen am höchsten

(HIS) Der Strukturwandel zur Wissens- und Dienstleistungswirtschaft führt zu einer steigenden Nachfrage nach hoch qualifizierten Erwerbstätigen, die im Innovationswettbewerb eine Schlüsselrolle spielen. Geringe Qualifikationen werden hingegen immer seltener nachgefragt.

Weiterbildung gewinnt in vielen gesellschaftlichen Bereichen an Bedeutung. Die bisherigen empirischen Befunde zeigen, dass die Teilnahme an Weiterbildung in kleinen Unternehmen der wissensintensiven Branchen am höchsten ist, dass gerade ältere Erwerbstätige durch Weiterbildung profitieren können und dass Bildungsniveau und Wissensintensität des Wirtschaftszweigs einen positiven Einfluss auf die Weiterbildungsbeteiligung haben.

Zwar zeigt die individuelle Weiterbildungsbeteiligung zwischen 1996 und 2006 in ihrer Gesamtheit keine Dynamik, ab 2003 steigt sie jedoch bei den Erwerbstätigen, während sie gleichzeitig bei den Erwerbslosen sinkt. Bei den Älteren fallen die Zuwächse seit 2003 besonders hoch aus. Hochqualifizierte bilden sich mit Abstand am häufigsten weiter. Die Weiterbildungsbeteiligung steigt bei Selbstständigen, Beamtinnen und Beamten sowie Angestellten seit 2003 sehr deutlich an. Insgesamt zeigt sich, dass Alter, Geschlecht und Bildungsniveau einer Person in einem engen Zusammenhang mit ihrer Weiterbildungsaktivität stehen.

Erste Ergebnisse einer aktuellen Studie des Hochschul-Information-Systems (HIS) stützen dabei die These, dass die Gründe für die erhöhten Weiterbildungsbeteiligungsquoten in den wissensintensiven Branchen aber auch bei den Unternehmen selbst zu suchen sind.

Download der Studie unter www.his.de/pdf/pub_fh/fh-200906.pdf

Deutscher Weiterbildungstag erst 2010

(BBB/DVV) Der „Deutsche Weiterbildungstag“ geht in die dritte Runde. Voraussichtlicher Termin ist der 24. September 2010. Die Initiatoren des Weiterbildungstages sind der Bundesverband der Träger beruflicher Bildung (BBB) und der Deutsche Volkshochschul-Verband DVV: „Wir laden bereits jetzt alle Unternehmen, Verbände und Einrichtungen der Aus- und Weiterbildung zur Planung für 2010 ein“, so Siegfried Schmauder, Vorsitzender des Bildungsverbandes, im Namen der Veranstalter.

www.deutscherweiterbildungstag.de

Qualitätssicherung

(Nationale Agentur) Die Zeitschrift „bildung für europa“ der Nationalen Agentur beim Bundesinstitut für Berufsbildung hat ein Schwerpunktheft zum Thema „Qualitätssicherung in der beruflichen Bildung“ herausgebracht. In den einzelnen Beiträgen geht es u. a. unter Verfahren und Instrumente und um ein Interview mit Jürgen Horschinegg, Vorstandsvorsitzender von ENQA-VET.

Bezug: www.na-bibb.de >Publikationen

Termine

20. 08. 2009: Berufliche Förderkonzepte für Benachteiligte, Düsseldorf. Fachtagung des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen und der Nationale Agentur Bildung für Europa beim Bundesinstitut für Berufsbildung, siehe:

www.bibb.de/dokumente/pdf/programmberuflichefoerderkonzepte.pdf

28. - 29. 10. 2009: Neue Jugend? Neue Ausbildung? Beiträge aus der Jugend- und Bildungsforschung“. Bonn, gemeinsame Tagung des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) und des Deutschen Jugendinstituts (DJI), siehe: http://www.bibb.de/dokumente/pdf/12pr_veranstaltung_programm_neue_jugend_28-291009.pdf